

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Verfallungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Die Genossenschaftsbewegung in Deutschland (Schluß). — Alkoholismus, Verbrechen und Prostitution. — Ein Urteil. — Korrespondenzen (Berlin I, Dresden, Kaufbeuren, Leipzig, Nürnberg, Straßburg). — Rundschau. — Literatur. — Anzeigen.

Beilage: An die Dresdener Kolleginnen! — Korrespondenzen (Mugzburg, Hamburg, Hannover, München, Nürnberg).

Die Genossenschaftsbewegung in Deutschland.

(Schluß.)

Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gehörten Ende 1906 929 Genossenschaften an, von denen 886 eine Mitgliederzahl von 781 369 hatten. In 2324 Verkaufsstellen, Lagern usw. wurden bei 10 116 Angestellten 258 Millionen Mark Umsatz erzielt. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren betrug 24 Millionen Mark. Von der Gesamtmitgliederzahl entfallen 776 999 auf die Konsumvereine, wogegen 4370 den Produktivgenossenschaften angehören. Bei den Konsumvereinen sind 9759 Personen beschäftigt, davon 8307 in der Warenverteilung und 1452 in der Warenproduktion, bei den Arbeits- und sonstigen Genossenschaften 703, wovon 281 bei der Warenverteilung und 422 bei der Produktion beschäftigt sind. Die Großverkaufsgesellschaft beschäftigt 254 Personen.

Von dem angegebenen Verkaufserlös entfallen circa 207 Millionen (80 Proz.) auf die Konsumvereine, circa 4 Millionen (1,5 Proz.) auf die Produktivgenossenschaften und 46 Millionen (18,5 Proz.) auf die Großverkaufsgesellschaft. Von 642 741 Mitgliedern des Zentralverbandes resp. der angeschlossenen Genossenschaften, sind 484 895 gewerbliche Arbeiter, 50 013 selbständige Handwerker, 45 848 Rentiers usw. 29 555 Angehörige der freien Berufe und Beamte, 21 266 landwirtschaftliche Arbeiter und 12 164 selbständige Landwirte vorhanden. Die Zunahme ist bei allen Berufen etwa gleich stark, wenn sie auch bei den gewerblichen Arbeitern am stärksten ist; eine Ausnahme machen nur die freien Berufe und Beamten, die 1904 von 22 613 auf 30 122 gestiegen waren, im folgenden Jahre aber auf 27 965 zurückgingen und im letzten Jahre wieder bei 29 555 anlangten. Die Ursache dieser Schwankung dürfte nur in der behördlichen Bekämpfung der Konsumvereine in Preußen und Sachsen zu suchen sein. Der Zentralverband umfaßt 7 Unterverbände, deren Entwicklung man im „Reichsarbeitsblatt“ nachlesen kann. Der Thüringer Verband zählt 181, der Süddeutsche 180 Vereine, der Rheinisch-Westfälische hat 72 Vereine, die übrigen liegen dazwischen. In den Unterverbänden befanden sich 43 Einkaufsvereinigungen. Die dem Zentralverband angeschlossenen 28 Produktivgenossenschaften bestanden aus 18 eigentlichen Produktivgenossenschaften, 4 Konsumentenproduktivgenossenschaften, 3 Bau- und Wohnungsgenossenschaften, und je 1 Vereinshäuser-, Konsumenten- und Produzentengenossenschaften. Bei der Großverkaufsgesellschaft stieg die Zahl der Gesellschafter gegen das Vorjahr von 386 auf 448, das ist 16 Proz., der Umsatz stieg aber um 20 Proz. Er ist absolut größer als in einem der Vorjahre.

Der Neuwieder Raiffeisenverband zählte im letzten Jahre in 13 Verbänden 4657 Genossen-

schaften, davon sind 594 Betriebsgenossenschaften. Der Raiffeisenverband ist am 9. Februar 1905 eine Vereinigung mit dem Reichsverband ländlicher Genossenschaften eingegangen, die sich auf den Warenbezug ausdehnen soll. Von den 19 323 ländlichen Genossenschaften entfallen 10 615 auf Preußen, 3680 auf Bayern, 1346 auf Württemberg, 817 auf Baden, 714 auf Hessen, 534 auf Elsaß-Lothringen, 314 auf Sachsen, 242 auf Oldenburg, und auf Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin je 201. Der Rest verteilt sich auf die Kleinstaaten.

Bemerkenswert ist noch, daß in Gibeon (Deutsch-Südwestafrika) eine Spar- und Darlehnskasse und in Jerusalem der deutsche Weinbauverein sowie die Dampfmühlengenossenschaft und die Darlehnskasse der evangelischen Gemeinde Jaffa als Genossenschaften eingetragen sind.

Unter den gesamten ländlichen Genossenschaften befinden sich:

- 97 Zentralgenossenschaften,
- 13 137 Spar- und Darlehnskassen,
- 1 831 Bezugsgenossenschaften,
- 2 822 Molkereigenossenschaften,
- 1 436 sonstige Genossenschaften.

Da die Gesamtziffer 19 323 beträgt, so ergibt sich das Resultat, daß von den 23 700 eingetragenen Genossenschaften 82 Proz. ländliche sind. Der Gesamtumsatz der ländlichen Genossenschaften beträgt 4 Milliarden Mark. Dieser riesige Umsatz, der sich auf Waren, Maschinen, Geräte, Dingenmittel, kurz alle landwirtschaftlichen Bedürfnisse einschließlich Lebensmittel erstreckt, konnte mit nur 24 Millionen Mark eigenem Kapital erzielt werden. Diese Tatsache beweist aber, daß die Agrarier den Wert des Genossenschaftswesens für die Gestaltung ihrer Erwerbsverhältnisse anerkannt haben.

Während bei dem Zentralverband deutscher Konsumvereine auf das einzelne Mitglied 381 Mark Umsatz entfallen, sind es bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften 2376 Mk. Ist auch zuzugeden, daß ein berattiger Umsatz für die meisten Arbeiter nicht möglich ist, so könnte doch bei gutem Willen eine erhebliche Steigerung des Umsatzes, insbesondere bei der Arbeitererschaft, erreicht werden. Das Bürgertum und die Bauern haben ihren Vorteil ganz anders erkannt. Geschichte dies von der Arbeitererschaft auch und unterstützen sie ihre Genossenschaften durch Zuwendung aller Einkäufe besser, dann ist eine Genossenschaft auch eher in der Lage, den berechtigten Wünschen der Angestellten entsprechen zu können. Debatten, wie sie darüber in Düsseldorf gehalten werden mußten, können dann unterbleiben, zum Besten der Genossenschaften, aber auch der organisierten Arbeiterschaft. (Buchh.-Bzg.)

Alkoholismus, Verbrechen und Prostitution.*)

Nicht nachdrücklich genug kann auf die vielfältigen Beziehungen zwischen Alkoholismus und Verbrechen hingewiesen werden. Mit der Zunahme und Ausbreitung des Alkoholismus findet fast allenthalben eine starke Zunahme der Kriminalität statt, besonders der Rohheitsverbrechen. Noch weit

* Nach Paul Girsch: Verbrechen und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen. Breite völlig ungedruckt und vermehrte Auflage. Berlin 1907. Buchhandlung Vorwärts. Preis 2 Mk., geb. 2,50 Mk.

gefährlicher als der Raufsch, dem erfahrungsgemäß zahlreiche Delikte vorwiegend zur Last fallen, ist der chronische Alkoholismus. Sehr richtig sagt Kling: „Es gibt kein Laster, das den Menschen physisch und moralisch so herunterbringt, als die Trunksucht. Für mindestens drei Viertel der Zuchthaussträflinge ist sie die erste und letzte Ursache des Verderbens. Es handelt sich dabei nicht nur um Verbrechen, die im halben oder im ganzen Raufsch begangen sind, viel bedeutender ist die Zahl der Fälle, wo die Trunksucht zur Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse führt und wo dann das Zuchthaus den natürlichen und meist hier unvermeidlichen Abschluß bildet.“

Wenn auch die Behauptung übertrieben sein dürfte, daß die Momente, die zum Verbrechen führen, durch den chronischen Alkoholismus hervorgerufen werden, so ist doch andererseits die Tatsache, daß diese Momente dadurch genährt werden, nicht zu bestreiten.

Am sichtbarsten machen sich die Folgen des Alkoholenusses wieder bei der Arbeiterklasse, die ja immer und immer den Pech des Unglücks bis zur Reize leeren muß. Es ist das Verdienst des Züricher Derrichters Otto Bang, in Wort und Schrift unter-voller Würdigung der sozialen Quellen des Verbrechen, auf den unheilvollen Einfluß des Alkoholismus gerade für die Arbeiterklasse hingewiesen zu haben. Bang betont, daß durch die Klassenlage des Arbeiters die Schädlichkeit der Folgen des Alkoholenusses erhöht wird, daß sich die giftigen Wirkungen des Alkohols um so heftiger geltend machen, je schlechter der Arbeiter genährt ist, und daß sich dank der Unsicherheit seiner Existenz, der Abhängigkeit vom Arbeitgeber, der Behrlosigkeit gegenüber der brutalen Polizeigewalt jeder alkoholische Erzeß an ihm doppelt schwer rächt. Der Gelegenheits- und dem Wesset gegenüber ist der Arbeiter viel weniger widerstandsfähig als der Bourgeois. Unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, unter denen der Arbeiter zu leben gezwungen ist, erlangt der Alkoholenuss eine verhängnisvolle Bedeutung, er macht die latente Gefahr, die in diesen Verhältnissen liegt, zu einer akuten, er besiegt den letzten Widerstand, raubt den letzten Rest von Ueberlegung und schließt erst die Pette, welche die Armut mit dem Verbrechen ursächlich verbindet.

Wir wollen den Einfluß des Alkohols auf das Verbrechen durchaus nicht bestreiten; aber andererseits darf man nicht vergessen, daß breite Volkstriebe erst infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage, infolge von Not, Kummer, Arbeitslosigkeit, ganz besonders auch infolge ihrer mangelhaften Wohnungsverhältnisse ins Wirtshaus getrieben werden, ganz zu schweigen von den Millionen auf einer tiefen Stufe der Kultur stehenden und dank unserer mangelhaften Volksschule planmäßig auf dieser Stufe gehaltener Menschen, die keinerlei geistige Genüsse kennen und die nicht glücklich sind, wenn sie sich nicht an jedem freien Tage — vielleicht auch noch darüber hinaus — einen Raufsch ange-trunken haben. Will man den Kampf gegen den Alkohol mit Erfolg aufnehmen, dann kläre man das Volk auf, dann suche man seine Lage zu heben. Geht das Proletariat aus dem Befreiungskampf, den wir es heute allenthalben führen sehen, als Sieger hervor, dann wird auch der Alkoholismus, seine Begleitererscheinungen und seine Folgen verschwinden. Sehr hoch die Erfahrung, daß gerade da, wo wir

starke politische und gewerkschaftliche Organisationen haben, der Alkoholkonsum rapide abnimmt, während umgekehrt in Gegenden, in die die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie noch nicht gedrungen ist, der Alkoholismus am verbreitetsten ist. Die Kulturarbeit, die das Proletariat verrichtet, wird auch auf diesem Gebiete gute Früchte zeitigen.

Wie das Verbrennen, so ist auch die Prostitution aufs engste mit dem Alkoholisismus verknüpft. Mag es auch vielleicht nicht ganz den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, daß der Alkohol ein Hauptträger der Prostitution ist und daß ohne ihn die Prostitution, wenigstens in ihrer rohesten Form, nicht möglich wäre, daß sie jedenfalls anständiger, reinlicher und freier wäre; mag es auch mit den Erfahrungen nicht völlig übereinstimmen, daß die meisten Mädchen durch Trinkgelage verführt und durch chronischen Alkoholismus in ihrer Erniedrigung erhalten werden, das eine jedenfalls steht fest, daß die Prostituierten fast ausnahmslos dem Trunke verfallen sind. Wir begegnen hier derselben Wechselwirkung wie zwischen Verbrechen und Alkoholisismus. Teils ist der Alkoholgenuß die Folge, teils aber auch die Ursache der Prostitution.

Aber damit ist die Schilderung der Folgen des übermäßigen Alkoholgenußes noch nicht erschöpft. Nicht nur, daß er die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit herabsetzt, daß er den Menschen in schlechte Gesellschaft führt und ihn jeder Versuchung gegenüber haltlos macht, daß er die Stimme des Gewissens in ihm erstickt und ihn von Stufe zu Stufe abwärts bis zum Verbrechen treibt, vergrößert sich mit der Vererbung des Alkoholisismus gewöhnlich das Uebel, und die Wege zum Verbrechen ebnen sich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Charaktereigenschaften der Trinker aufs neue in ihren Kindern zeigen, die auf diese Weise gewissermaßen „vom ersten verwünschten Tage ihrer Geburt an zum Verbrechen verurteilt sind.“ In, sogar eine Reihe schwere Geisteskrankheiten können die Trinker auf ihre Nachkommen übertragen.

Zu den gesundheitlichen Gefahren des Alkoholisismus, zu seinem verderblichen Einfluß auf die geistige Entwicklung der Kinder kommen noch die sittlichen Gefahren, denen die Kinder ausgesetzt sind, deren Eltern sich dem Alkoholgenuß ergeben haben. „In Schmutz und Elend verkommen, abgehärtet gegen das häßliche Schauspiel der Trunkenheit, gewöhnt an den brutalen Egoismus des Vaters, an widerliche Streitigkeiten und rohe Gewalttätigkeit, — was soll in einem solchen Kinde die Bildung sittlicher Vorstellungen ermöglichen? Die Gasse mit allen ihren Gefahren wird die zweite Heimat. Ein besonders günstiges Geschick ist es dann noch, wenn das Kind nicht schon selbst in frühesten Jugend die Bekanntschaft mit dem Alkohol macht. Früh schwindet auch die Scheu vor dem Gefängnis. Die meisten Trinker geraten von Zeit zu Zeit mit den Gesetzen in Konflikt; so verliert das Kind, das den Vater öfters im Gefängnis weiß, bald die Angst vor dem Strafrichter.“ (Wschaffenburg.)

Ist es unter solchen Umständen nicht geradezu ein Hoß auf unsere so viel gepriesene Zivilisation, wenn den offiziellen Berichten der Vertreter der Medizinal-Abteilung des preussischen Kultusministeriums zufolge in den Regierungsbezirken des Ostens der Branntweinkonsum ein sehr bedeutender ist, sowohl bei den Männern, vorwiegend den polnischen Arbeitern, als auch bei den Frauen, die den Branntwein in Form von süßen Schnäpsen trinken und davon häufig auch zur Beruhigung der Kinder Gebrauch machen! Und trotz alledem trägt der Staat kein Bedenken, in immer größerem Umfange die notwendigsten Nahrungsmittel des armen Mannes zu besteuern und ihn indirekt dazu zu verleiten, daß er als Ersatz für die mangelhafte Ernährung zum Schnaps greift!

Ein „Urteil“.

Die Zahlstelle Berlin II hat gesprochen. In zwei Versammlungen haben sich ihre Mitglieder mit dem Tarifbruch der Allstein'schen Falzer und Notationsarbeiter beschäftigt. Aber anstatt aus der für uns so beschämenden Angelegenheit irgend welche Lehren zu ziehen, um den Tarifgedanken zu festigen und zu vertiefen, haben es einzelne Personen verstanden, das Vorgehen des genannten Personals in den Hintergrund zu drängen und den Leitern der Organisation, die sich während jener schweren Zeit tatkundig und fest benommen haben, zu Leibe zu gehen. Die in nachfolgendem Bericht ent-

haltene Resolution. Bloth hat den Zweck, den Vorstand, der bis jetzt alles aufbot, um die junge Tarifgemeinschaft zu schützen, aus seiner Stellung zu verdrängen. Nicht mit sachlichen Motiven haben jene Personen gestämpft, die sich ständig ein Vergnügen daraus machen, verdiente Personen herunterzureißen und jedem anständigen Kollegen das Arbeiten zu verleiern, sondern mit Schmutz hat man die zu beweiern versucht, die mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft für unsere Sache eingetreten sind.

Es verlautet, daß der Vorstand der Zahlstelle II aus der Annahme jener Resolution keine Konsequenzen ziehen will. Wir glauben aber, daß dies eine Konzeption an die Dummheit und Gemeinheit einer Handvoll Querulanten wäre. Noch hat der Verbandsvorstand nicht gesprochen, der nie zugeben kann, daß Personen, die für die Aufrechterhaltung der tariflichen Ordnung eintreten, beschimpft und verdrängt werden. So lange muß der Zahlstellenvorstand seine Beschlußfassung aussetzen, bis unsere oberste Instanz zu der Angelegenheit Stellung genommen hat.

Im Nachfolgenden bringen wir einen Auszug aus den Versammlungsprotokollen:

Berlin II. Die außerordentliche Mitgliederversammlung am 6. Oktober beschäftigte sich mit dem Ausstand der Allstein'schen Kollegen. Kollege Kurnert als Vertrauensmann der Falzer führte als Grund des Streiks die ständige Mehrbelastung des Personals mit Arbeiten durch die Geschäftsleitung an. Als vor 2 Jahren die damaligen neuen Abmachungen in Kraft traten, erklärte die Geschäftsleitung: „Müssen wir mehr zahlen, müßt Ihr mehr arbeiten!“ Dies habe die Kollegen sehr verschmerzt, und deshalb fanden sie sich zusammen und beschloßen, eine freie Nacht zu fordern oder die Arbeit ruhen zu lassen. Die Frage, ob Tarifbruch vorliege, beantwortete der Referent mit: „Ja!“ und hoffte, dadurch eine mildere Beurteilung zu erreichen. Nachdem Redner verschiedene Einzelheiten bei den Verhandlungen mitgeteilt, erklärte Kollege Breißing, daß er Gelegenheit hatte, den ganzen Ausstand zu beobachten, leider mache man ihm dies zum Vorwurf und sage, er habe dies unbenutzerweise getan, doch lasse er sich hierin von keinem Vorstände Vorwürfe machen, er betrachte es als sein gutes Recht, sich um die Verhältnisse seiner Kollegen zu kümmern. Von Tarifbruch könne seiner Ansicht nach nicht die Rede sein; denn die Kollegen hätten nur das gemacht, was vor 2 Jahren unter Führung des Kollegen Bucher gemacht wurde und wofür ihn seine Kollegen belohnten. Diesem sei damals nichts passiert, den Kollegen mache man heute einen Vorwurf. Kollege Reichert ist der Ansicht, daß die Erklärung des Vorstandes, die nur für die Kollegen bestimmt war, anderntags in der Allstein'schen Morgenpost stand, auf alle Fälle seitens des Vorstandes verbündet werden mußte. Außerdem bemängelte derselbe sehr scharf einen Ausbruch eines Vertrauensmannes, der erst für die Sache gesprochen habe und sich nachher zurückgezogen haben soll. In teils heftigen Ausführungen bedauerte Kollege König die Haltung des Vorstandes, während Kollege Galonsta seine Ansicht dahingehend erklärt, daß, da die Kollegen den Vorstand abgelehnt hätten, derselbe auch dort nichts zu suchen hätte, und habe die Tagsschicht nichts gewußt. Kollege Moritz tritt in längeren Ausführungen den Angriffen der Kollegen gegen den Vorstand entgegen, derselbe habe voll und ganz seine Schuldbiligkeit getan und die Interessen der Kollegen und der Organisation entschieden gewahrt. Die Kollegen mußten vor allen Dingen den Intentionen des Vorstandes folgen und die Erklärung berücksichtigen. Dadurch, daß sie ihre Arbeitsstätten verließen und die Arbeit nicht ausübten, wurde der Tarifbruch perfekt, und nun war der Vorstand auf alle Fälle verpflichtet, den Tarif zu schützen und den Tarifbruch zu bekämpfen. In gleichem Sinne spricht Kollegin Thiede. Sage man heute, die Organisation habe nichts erreicht, so stelle sie dem die Aufbesserungen des Minimums der Jahre 1902, 1905 und 1907 entgegen, und ist denn der Tarif nicht ein Vorteil, vor allen Dingen der Kinderbezahls? Man solle doch mal hinausgehen in die Provinz und sich erkundigen, wie die Verhältnisse liegen. Sie stehe auf dem Standpunkt, es müsse Ordnung herrschen, seitdem man einen Tarif habe, es dürfe nicht jeder machen, was er wolle. Bei einer Abstimmung wird man erwägen müssen, ob es nicht besser sei, eine Beschlußfassung dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission zu überweisen. In sehr erregter Weise bringt Kollege Karl Schulze (Falzer) seine Ausführungen zum Vortrag. Er erklärt die Veröffentlichung der Vorstandserklärung für eine Schmach in der Arbeiterbewegung und wendet sich gegen die Ausführungen der Kollegin Thiede. Will man einer anderen Instanz die Entscheidung überweisen, so müsse diese Instanz unter uns sitzen. Kollege Just führt Ausführungen bürgerlicher Blätter an, in denen nur

das Verhalten des Vorstandes gelobt wird; dieses sei nicht einwandfrei. Gegen letzte Ausführungen wendet sich Kollege Moritz, er legt ebensowenig wie der Gesamtvorstand irgend welchen Wert auf die Auslassungen der bürgerlichen Blätter. Kollege Hochmann, der bei den Verhandlungen zugegen war und auch mit dem Vorsitzenden, trotzdem ihm seine Kollegen dies verboten (!!) über die Sache sprach, unterstützt die Ausführungen des Referenten und hat die Auskunft des Vorsitzenden, daß nach 6 Uhr niemand mehr im Bureau sei, als Zustimmung aufgefaßt. Von einer Aktion, die die Maschinenmeister eingeleitet haben sollen, damit für sie auch etwas abfällt, will Redner nichts gewußt haben, während Kollege Stabelhoff das Gegenteil mitteilt. Er stellt es als Unwahrheit hin, daß die Kollegen bei der Verhandlung gesagt haben sollen, sie pfeifen auf den Vorstand. Als die Erklärung des Vorstandes den Kollegen unterbreitet wurde und jeder an seine Arbeit gehen wollte, waren es gerade zwei Maschinenmeister, die erklärten: „Man nicht nachlassen, Ihr müßt Stange halten, und wenn die Tagsschicht geht, könnt Ihr Euch auf uns verlassen, wir arbeiten nur mit geschultem Personal.“ Nachdem noch die Unterstützungsfrage für die Ausständigen geregelt ist, wird die Versammlung der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt.

Berlin II. In der am 20. Oktober stattgefundenen ordentlichen Mitglieder-Versammlung wurde zunächst der Tod des Kollegen Otto Eckardt, der längere Zeit Mitglied des Handels- und Transportarbeiterverbandes war, in der üblichen Weise mitgeteilt und dann in weitere Beratung der Allstein'schen Sache eingetreten. Kollege Bucher tritt als erster Redner zunächst den Ausfällen gegen seine Person entgegen. Man werfe ihm vor, er habe sich für sein Eintreten für die Kollegen im Jahre 1905 belohnen lassen, richtig sei, daß jeder Vertrauensmann von den Kollegen Zeit- und Geldverlust entschädigt bekommen habe. Ebenso verhalte es sich mit der Zulage vom Geschäft, die er nicht erhalten habe, weil er „die Ruhe wieder herstellte“, sondern erst lange Zeit nachher, weil er überhaupt bei der Aufbesserung ausfiel, aber auch dann erhielt er sie nur mit dem Hinweis, daß er Leberstunden nicht mehr schreiben soll. Wenn von einer Mehrbelastung des Personals gesprochen wird, so müsse er darauf hinweisen, daß das Personal, wie in allen Zeitungsdruckereien, auch nach der Zulage 1905 nach Fertigstellung der Zeitung nach Hause ging. Später habe man sogar statt um 10 Uhr erst um 12 Uhr angefangen, so daß eine effektive Arbeitszeit von höchstens 36 Stunden herauskam. Mit dem Gedanken, eine freie Nacht zu fordern, habe man sich schon längere Zeit getragen, es haben auch Sitzungen mit Hinzuziehung des Vorstandes und der Vertrauensleute stattgefunden. Nachdem man in den ersten Sitzungen von der freien Nacht abging und passiven Widerstand zu leisten beschloß, erhielt man hierdurch für die Propaganda einer Zeitung 3 Mt., und nun kam gewissermaßen der Appetit mit dem Essen. Der Vorstand sollte von dem weiteren Vorgehen nichts wissen, und Kollege Hochmann erhielt den Auftrag, als er mit dem Vorsitzenden ohne Zustimmung seiner Kollegen Rücksprache nahm, gegen dieses Vorgehen zu arbeiten, da man auf diese Weise nichts erreichen könne. Was tat er? Er erklärte, daß die Maschinenmeister die Forderungen unterstützen, trotzdem er das Gegenteil wußte. Die Maschinenmeister witterten schon vorher, wie die Sache auslaufen würde. Erklärt sei worden, wir tragen die Konsequenzen, wenn der Vorstand nicht will, doch damit ist es nicht weit her, wenn man bedenkt, daß einer der Vertrauensleute, der eine ziemlich Rolle spielte, Herrn Allstein auf der Straße wegen Wiedereinstellung ansprach. Er betont nochmals, daß der Vorstand voll und ganz seine Schuldbiligkeit getan hat. Kollege Sella, der zunächst einen Teil einer „Solidarität“ von 1905 verliest, tritt den Ausführungen Buchers entgegen und wendet sich gegen den Ausbruch „Ghäre“. Sei auch ein Tarifbruch geschehen, so seien derartige Ausbrüche, wie sie das „Mitteilungsblatt“ brachte, nicht am Platze. Kollege Bloth will die Berechtigung der Forderungen nicht untersuchen, geht aber in längeren Ausführungen auf die Haltung des Vorstandes ein, die er verurteilt. Zum Schluß verliest er folgende Resolution:

Die heute in den Zentral-Festfalten tagende Versammlung der Zahlstelle Berlin II des Verbandes der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Bericht über den Streik bei der Firma Allstein u. Co. Die Versammlung kann die Durchführung der letzten Forderungen der Falzer und Notationsarbeiter unter keinen Umständen gutheißen, weil sie gegen den Tarif verstößt. Jedoch kann die Versammlung nicht umhin, auch den Kollegen Moritz und Bucher den Vorwurf zu machen, daß sie nicht alles versucht haben, um noch in letzter Stunde die Kollegen

von ihrem Schritt abzuraten. Ferner beauftragt die Versammlung den Vorstand, nochmals bei der Firma vorstellig zu werden, um die Firma von ihrem Standpunkt abzubringen, daß sie bei Neueinstellungen keinen von der Nichtwiedereingestellten nehmen will, da eine Sperrung des Nachweises von keiner Seite verlangt worden ist. Bloth.

Nachdem noch Kollege Bloth die Resolution zur Annahme empfohlen, erklärt Kollege Weber, daß er an den ganzen Angelegenheit der Firma viel Schuld beimißt. Er findet es tief bedauerlich, daß man, nachdem man erst die Konsequenzen gezogen hat, den Prinzipal auf der Straße wegen Wiedereinstellung anspricht. Er erucht ebenfalls, die Resolution anzunehmen und nicht erst andere entscheiden zu lassen. Eine längere Geschäftsordnungsdebatte entpinnst sich über einen Auspruch des Vorsitzenden und über die Weiterführung der Diskussion, nach welcher Kollege Wilhelm Schulze erklärt, wie er in den Versammlungen der Kollegen als Vertrauensmann und gleichzeitig Vorstandskollege behandelt wurde. Er durfte sich nur zum Wort melden, dann ging es los, er wolle „kann machen“, „der Blaupfeifer“ usw. Dabei habe er nur das ernste Bestreben gehabt, seine Kollegen von einem Schritt abzuraten, der für sie verhängnisvoll werden mußte. Von seiner Abteilung, habe er erklärt, arbeite kein Kollege, allerdings müsse die Angelegenheit auf anderem Wege als auf dem des Tarifrechts geregelt werden. Er wendet sich energisch gegen die Unterstellungen der Kollegen, die beinahe so klingen, als habe er im Interesse des Geschäfts gearbeitet, auch bestätigt er die Ausführungen Buchers betreffs der damaligen Entscheidung. Kollege Land bespricht ebenfalls in längeren, meist unverständlichen Ausführungen die Angelegenheit und wendet sich gegen den Vorstand, der so erhaben sei und jedem einzelnen über den Mund fahre. Er bezweifelt, daß der Vorstand nicht eingeladen war, und nun solle die Mitgliedschaft den verfahrenen Karren wieder einleiten. Die Resolution erjuche er anzunehmen und danach beantragte er Schluß der Rednerliste (nachdem er 25 Minuten gesprochen). Es entpinnst sich wiederum eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der festgestellt wird, daß man den Vorstand angegriffen, durch den Schluß der Diskussion aber die Vorstandsmitglieder nicht zu Worte kommen läßt. Der Schluß der Diskussion wird angenommen. Ein Antrag Weber, daß die Illsteinischen Kollegen bei Abstimmung der Resolution nicht mitzustimmen haben, wird ebenfalls gegen einzelne Stimmen angenommen und darauf die Resolution mit 102 gegen 14 Stimmen. Nach Erhebung einiger Unterstüßungsgesuche wird hierauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband um 5 Uhr geschlossen. B.

Korrespondenzen.

Berlin I. Versammlung am 22. Oktober. Nachdem das Protokoll mit einer Aenderung angenommen, teilt Kollegin Teske einiges aus den letzten Druckeriversammlungen mit, unter anderem, daß die Eisnerischen Kollegen ohne Kündigung zu stehen wünschen. Dilem Verlangen konnten jedoch die Vorstände mit Rücksicht auf die im Tarif festgelegten diesbezüglichen Bestimmungen, und da außerdem ein Schiedsgerichtsschied über diesen Paragraphen bereits vorlag, nicht stattgeben. Weiter wurde in einer Versammlung bei Theinhardt festgestellt, daß dort eine Wogenfängerin an mehreren Apparatmaschinen arbeiten mußte, welche offenbar übermäßig schwere Arbeit zur Folge hatte, daß das Mädchen sich nach kurzer Zeit krank meldete. Eine weitere Versammlung fand statt im Lokalangeiger. Ferner weist Kollegin Teske auf das am 17. November stattfindende Stiftungsfest des Gesangsvereins Solidarität hin und erjucht, da das Programm ein äußerst reichhaltiges und gutes erscheint, um recht zahlreiche Beteiligung. Zum zweiten Punkt hielt Herr Gewerkschaftssekretär Link einen äußerst bedeutamen und mit vielem Verständnis angenommenen Vortrag „Welche Bedeutung hat die Verfüzung der Arbeitszeit für die Frauen“, zu welchem wir nur wünschen könnten, es hätten sich bedeutend mehr Hörerinnen eingefunden. In der sehr ausgiebigen Diskussion wiesen die Kolleginnen Bieri und Müller unter anderem auch darauf hin, daß es sogar noch Arbeiterinnen gäbe, die den geringen Schutz, welcher ihnen durch das Krankenversicherungsgesetz und die Gewerbeordnung gewährt wird, unbeachtet lassen und sogar zu umgehen trachten. Viel zweckmäßiger ist es auf alle Fälle, überall in den Betrieben, wo die Arbeiterchuldgebe von Seiten der Unternehmer nicht die entsprechende Beachtung gefunden haben, durch geeignete Maßnahmen ev. durch die Gewerbeinspektion für Aenderung zu sorgen. Den Wertjahresbericht, gegeben von Kollegin Nischelmann, bestätigten die Revisorinnen, übereinstimmend mit Nischen und Belegen gefunden zu haben und wurde nach Er-

ledigung einiger Anfragen der Kassiererin Entlastung erteilt. B. S.

Dresden. Versammlung vom 15. Oktober. Die erfreulicherweise besser als sonst besuchte Versammlung wurde durch einen lehrreichen Vortrag über materialistische Geschichtsauffassung eingeleitet. Der Vortragende, Redakteur Robert Grösch erntete für seine leicht verständlichen Ausführungen vollen Beifall. Als nächster Punkt stand der Vorschlag des Verbandsvorstandes, betreffs Delegierten resp. Kostenverminderung zum nächsten Verbandstag auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende, Kollege Hermann erörterte hierzu die Gründe, die den Verbandsvorstand zu diesem Schritt veranlaßt haben, betonte aber zugleich, daß sich die Dresdener Verwaltung aus Rücksicht auf die kleineren Zahlstellen mit den Vorschlägen nicht einverstanden erklären konnte und deshalb selbständig einen Antrag formuliert hatte. Dieser Antrag lautete: Zahlstellen bis 600 Mitglieder können 2 Delegierte wählen, jedoch dürfen nicht unter 350 Mitglieder vorhanden sein, und auf jede weiteren 600 Mitglieder ein weiterer Delegierter. Zahlstellen unter 600 Mitglieder werden bis 200 zusammengelegt und wählen einen Delegierten. Ferner hatte Kollege Krumpfert einen eigenen Antrag eingebracht, der dahinging: Bis 350 Mitglieder wählen einen Delegierten, bis 500 Mitglieder 2 Delegierte, und für jede weiteren 500 einen weiteren Delegierten. Zahlstellen unter 100 Mitglieder werden zusammengelegt und wählen bis 200 Mitglieder einen Delegierten. In der folgenden Diskussion sprachen sich Krumpfert und Hermann entschieden gegen die Vorschläge des Verbandsvorstandes aus und betonten, daß dadurch nur die kleineren Zahlstellen geschädigt würden, wogegen die großen Zahlstellen in alter Stärke vertreten sein würden. Barthel spricht sich gegen eine Aenderung resp. Durchbrechung des Statuts überhaupt aus, weil laut Statut nur der Verbandstag selbst eine Aenderung vornehmen könne, und stellt den Antrag, sämtliche Vorschläge abzulehnen resp. das Statut als maßgebend zu betrachten. Kollegin Heidemann bestritt die Aenderung des Statuts und bittet, den Antrag Barthel abzulehnen, weil ja schon wiederholt das Statut durchbrochen worden sei. (2 Red.) Nach einer längeren, ziemlich erregten Debatte wird schließlich der Antrag Barthel abgelehnt. Dasselbe geschieht mit den Vorschlägen des Verbandsvorstandes und der Dresdener Verwaltung. Antrag Krumpfert wird angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch auf den am 16. November stattfindenden Abend aufmerksam gemacht, erfolgt Schluß der Versammlung.

Kaufbeuren. Am 15. Oktober fand eine allgemeine Geschäftsversammlung statt, in der Kollege Albert Schmid und Wilh. Kloiber aus München anwesend waren und ersterer ein Referat über „Die Feinde der modernen organisierten Arbeiterschaft“ hielt. Redner sollte der Kollegenchaft so recht deutlich und klar ein Bild auf, wie die Arbeiter umspinnen sind von den Feinden ihres Lebenslaufes, und welchen Tücken die Arbeiter unterworfen sind, wenn die Arbeitgeber sehen, daß die Kollegen nicht einig und fest zusammenhalten, wie jene auf jede Gelegenheit lauern, um die Leute zu knechten und zu unterdrücken. Daß Millionen geopfert würden, um Sklaven und Lohnknechte aus uns machen zu können. Darum ermahnte er alle Anwesenden, fest und treu zusammen zu stehen, damit die Feinde uns jederzeit gerüstet finden, und ihre Macht und ihr Prokument an unserer Organisation zerstückelt. Auch durch die großen Arbeiterausperrungen ist es ihnen nicht recht gelungen, die Organisation zu zersplittern, sondern dieselbe ist dadurch nur noch stärker und kräftiger ausgebaut worden, darum, Arbeiter, wenn ihr zur oder von der Arbeit geht, agitiert unter der Kollegenchaft; seid einig, dann ist der Sturm auf unsere Feinde ein leichtes Spiel. Der Redner hat es verstanden, in seinen 45minütigen Ausführungen die Aufmerksamkeit und das Interesse aller zu erwecken, welches der Beifall am Schluß bezeugte. Ein Kollege nahm noch das Wort; er betonte, daß bei den modernen Gewerkschaften nicht hinter verschlossenen Türen Proteste erhoben, sondern die Leute zu guten Menschen erzogen werden. Er forderte die Anwesenden auf, die Worte des Referenten zu beherzigen und fest und treu zur Organisation zu halten; dies heißt im Sprichwort: „Das Gute bricht sich Bahn, voraus die freie Gewerkschaft.“ Zum 2. Teil: Verschiedenes, haben noch mehrere Kollegen das Wort ergriffen, ebenso Kollege Kloiber, welcher betonte, daß die Arbeiterschaft hauptsächlich ihre Fachzeitung richtig durchlesen solle, auch die Arbeiterzeitung, wie „Münchener Post“ und „Schwäbische Volkszeitung“ in ihrem Haushalte hochhalten sollten. Das Schlußwort erhielt Kollege Schmid, indem er klarlegte, daß nicht alle Kämpfe immer nach Wunsch ausfallen, aber wir in Kaufbeuren jetzt den Grundstock gelegt haben und auch bestrebt sein sollen, das Gebäude weiter durch Einigkeit auszubauen. Er

hofft, wenn er in nächster Zeit wiederkommt, daß dann der Besuch der Versammlung ebenfalls ein so zahlreicher ist wie heute, worauf dieselbe um 11 Uhr durch den Vorsitzenden geschlossen wurde.

Leipzig. In der am 14. Oktober im Rauffen abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte Kollegin Thiede-Berlin über den Lohnstarif des Druckerei-Hilfspersonals. In markanten Zügen gab die Referentin ein Bild von der Entwicklung und dem Stand der Tarifabschlüsse für das Hilfspersonal. Wenn dieser Tarif auch noch Mängel hat und die Einführung in manchen Orten sehr erschwert wird, so sind doch an den Orten, wo er eingeführt ist, ganz wesentliche Lohnaufbesserungen zu verzeichnen. Neben der Lohnregulierung wurde an manchen Orten die Arbeitszeit ganz bedeutend gekürzt. Es gab in den betreffenden Orten eine ganze Anzahl von Firmen, wo das Hilfspersonal bis 1½ Stunden länger arbeiten mußte, als die Gesellen. Neben den Orten, in denen der Tarif eingeführt ist, stehen noch eine ganze Anzahl, die von der Tarifbewegung noch nicht erfaßt werden konnten, z. B. Königsberg, Breslau, Dresden usw. In der Diskussion, die dem mit Beifall aufgenommenen Referat folgte, sprach zunächst die Genossin Graß. Sie erjucht die Anwesenden, den Wert und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisation zu erkennen und schloß ihre Ausführungen mit der Aufforderung zum Abonnement der Leipziger Volkszeitung. Nachdem noch einige Redner das Wort zum Referat genommen, wurde in den dritten Punkt der Tagesordnung: Delegation zum Verbandstage, eingetreten. Der Hauptvorstand hatte, um die Zahl der zu wählenden Delegierten in Rücksicht auf die Kosten zu regulieren, drei Vorschläge gemacht. Nach eingehender Diskussion wurde auf Antrag des Kollegen Krehshmar der zweite Vorschlag des Hauptvorstandes angenommen, der lautet: „Zahlstellen von 50—100 Mitgliedern entsenden einen Delegierten, von 100 bis 500 zwei, je weitere 400 Mitglieder einen Delegierten mehr.“ Unter Verbandsangelegenheiten sei noch erwähnt, daß als Revisor Kollege Glatz gewählt wurde. Kollege Weier hat sein Amt als Verwaltungsmittglied niedergelegt und an seiner Stelle ist Kollege Glatz getreten.

Nürnberg. Unsere am 21. Oktober abgehaltene Monatsversammlung hatte sich leider nur eines mäßigen Besuches zu erfreuen. Dem Geschäftsbericht des Kollegen Redding ist zu entnehmen, daß im vergangenen Quartal 4 Mitgliederversammlungen, 1 kombinierte Versammlung Nürnberg-Kürth, eine Schleiferversammlung und eine Branchenversammlung der Nürnberger Buchdruckereien stattfanden. Die Verwaltung erlebte ihre Geschäfte in 6 Sitzungen. Außerdem fand eine kombinierte Versammlung der graphischen Gewerbe statt, sowie 2 Sitzungen der Vertrauenspersonen. Geschäftsversammlungen wurden 19 abgehalten und Verhandlungen waren bei 3 Firmen notwendig. Die Einnahmen und Ausgaben der Verbandskasse bilanzierten mit 1341,85 Mk., die Sozialkasse hatte eine Einnahme von 474,16 Mk., sodas ein Kassenbestand von 667,10 Mk. vorhanden ist. Redding bemerkt noch, daß im Laufe dieses Quartals bereits 300 Mk. verausgabt seien für Neueinstellungen des Bureaus. Neueingetreten sind im Laufe des Quartals 40 Mitglieder, wiederingetreten 14, zugereist ein Mitglied. Abgereist sind 3 Mitglieder, ausgetreten 31, vorläufig abgemeldet 3 und gestorben ist ein Mitglied, sodas ein Mitgliederbestand von 121 männlichen und 178 weiblichen zu verzeichnen ist. Redner bemängelte noch das Restantenunwesen, durch das der Zentralstelle 76,55 Mk. an Beiträgen entgangen sind, sowie der Zentralkasse 34,29 Mark, ohne den Prozentzuschlag. Verlesen wurden dann 13 männliche und 7 weibliche Mitglieder, die mit mehr wie 4 Beiträgen im Rückstände sind. Scharf kritisiert wurde von Seiten der Kollegen R. Nimke und Sperber das laue Verhalten der Verwaltung gegenüber den Restanten. Kollege Trilling erwidert den Fall der Kollegin Schurr, der ein außerordentliches Unterstüßungsgesuch abgelehnt wurde, weil die Verwaltung die Bedürftigkeit der Kollegin in diesem Falle nicht bejahen konnte. Hierbei bemerkte er, daß sich zwei unserer Vorwände, die organisierten Herren Steindrucker Maar und Günther, gelegentlich dieser Angelegenheit sich auf Seiten unserer Verbandsgenossinnen stellten und der Verwaltung Parteilichkeit vorwarfen. Der Redner sei schon damals den beiden Herren energisch gegenübergetreten und es ist ja nicht zu verwundern, daß die Mehrzahl der Austritte in der Firma S. J. Körner erfolgt sei. Hierzu sprachen fast sämtliche Verwaltungsmittglieder in ziemlich erregter Debatte. Redding bemerkte, daß derartige Entgleisungen unserer Schwäger nicht so ernst zu nehmen seien. Man habe ja derartige Fälle schon öfter erlebt und seien wohl die beteiligten Mitglieder der beiden Organisationen noch nicht so recht befestigt in der Organisation. So-

dann wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Redding verlas das ausgearbeitete Statut des graphischen Kartells. Dasselbe soll als Hauptfache die gegenseitige Unterstützung in der Agitation aller beteiligten Verbände sein. Redner erwähnte noch, daß der Entwurf bereits von den Buchdruckern und Buchbindern einstimmig angenommen wurde. Als Gast spricht der Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Genosse Wezel über Vorteil und Nutzen des graphischen Kartells. Die Versammlung nahm den Entwurf einstimmig an und bestimmte die Kollegen Redding, Dagner und Kollegin Frau Weball als Delegierte. Die Verlegung unseres Versammlungslokals ins hiesige Gewerkschaftshaus entfielte einen sehr erregten Meinungsaustrausch. Für Beibehaltung des Lokals sprachen die Kollegen Riegebaner, Feig, Walter, Rimke und Graf. Ein Schlupantrag der Kollegin Neumayer und Abstimmung per Stimmzettel ergab die Beibehaltung des bisherigen Lokals mit allen gegen eine Stimme. Die Resolution der Verwaltung: „Die heute tagende vierteljährliche Generalversammlung der Bahfstellen Nürnberg-Fürth beschließt auf Antrag der Verwaltung, die geplante süddeutsche Konferenz zu verschieben und hält nach zeitlicher Aussprache mit dem Verbandsvorstand für richtig, wenn die Delegierten der süddeutschen Bahfstellen vor Beginn des Verbandstages eine gegenseitige Aussprache pflegen und erucht die in Betracht kommenden Bahfstellen, sich dem anzuschließen“, zergliedert Redding. Man habe ja bei der Antragstellung schon rechnen müssen, daß der Verbandsvorstand die Abhaltung der Konferenz inhibieren würde, was ja auch nach dem Statut sein gutes Recht sei. Die Verwaltung habe sich überzeugen lassen durch die vorgebrachten Gründe des Verbandsvorstandes und bittet die Versammlung um Annahme. Unter starker Unruhe erfolgte die Annahme der Resolution. Der Vorsitzende verlas noch eine Zuschrift des Konsumvereins und bittet die Mitglieder, denselben nach Kräften zu unterstützen. Nachdem noch auf unser am 16. November im Behengarten stattfindendes Stiftungsfest aufmerksam gemacht und gebeten wurde, durch regen Kartanverkauf die Vergnügungskommission zu unterstützen, erfolgte Schluß der sehr anregend verlaufenen Versammlung.

Strabburg. Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung vom 5. Oktober. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 6¼ Uhr und gibt bekannt, daß der Kollege Meyer, welcher das Protokoll von der letzten Versammlung in Händen hat, nicht anwesend ist. Er teilt ferner mit, daß in der Druckerei Schulz & Co. die Direktion versucht, weibliches Hilfspersonal einzustellen. In einer Druckereiverammlung haben jedoch die dort stehenden Kollegen beschlossen, wenn Hilfsarbeiterinnen an die Maschinen gestellt würden, sofort die Arbeit niederzulegen. Auch wird ein Schreiben der Hauptvorsitzenden verlesen, welche am 22. Oktober nach Strabburg kommt, um ein Referat zu halten. Hierauf nimmt die Versammlung Stellung zu den Vorschlägen des Verbandsvorstandes bezüglich der Verringerung der Verbandstagsbelegierten und beschließt Beibehaltung des bisherigen Modus. Als Antwort auf das Schreiben an Herrn Dr. F. Neben-Dumont traf ein Schreiben des Profuristen genannter Firma ein, wonach die beiden Herren verreist wären und die Sache denselben sofort bei ihrer Rückkehr unterbreitet werden soll. Unterdessen trifft auch Kollege Meyer mit dem Protokoll der letzten Versammlung ein, welches jetzt verlesen wird. Der Kassierer gibt hierauf den Bericht über den Ausflug vom 22. September und spricht sein Bedauern aus, daß sich nicht mehr Kollegen an demselben beteiligt haben. Es bleibt ein Defizit von 24,39 M. Hierauf folgt der Kartellbericht. Das Gewerkschaftskartell bittet, etwas mehr für die „Freie Presse“ zu agitieren. Kollege Müller beschwert sich über einen Maschinenmeister; auch wird wieder Klage geführt über Maschinenmeister, welche Hilfsarbeiterdienste verrichten, z. B. Einlegen usw. Es soll eine Druckereiverammlung der betr. Druckerei einberufen und dann diese Sache an den Buchdruckerverband weitergegeben werden. Es teilt Kollege Nieber mit, daß der Kollege Wollenbach für 20 M. bei der Firma Holzner angefangen hat, wovon er arbeitslos wird, doch erklärt Kollege Wollenbach, aus Solidaritätsgefühl dann ebenfalls anstreben zu wollen. Eine Anfrage, ob der vom Militär entlassene, aber jetzt noch arbeitslose Kollege Klein Arbeitslosenunterstützung beziehen darf, wird nach einer diesbezüglichen Anfrage in Berlin später erliebigt. Sodann Schluß der Versammlung.

Rundschau.

Abgeblüht. Am 23. d. Mts. hatte das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften in Leipzig eine öffentliche Versammlung für alle in graphi-

schene Gewerbe tätigen nach den „Drei Mohnen“ einberufen, um auch hier eine Ortsgruppe der christlichen graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu gründen. Man hatte sich zu diesem Zweck einen christlichen Arbeitersekretär aus Köln verschrieben, der den Grundstein zu dieser neuen Gründung legen sollte, leider kam es nicht so weit, da die Tagung der Versammlung an der Halsstarrigkeit des christlichen Einberufers scheiterte, welcher eine öffentliche Bureauwahl nicht zulassen wollte, trotzdem die Versammlung als öffentliche bekannt gegeben war. Nachdem ziemlich eine halbe Stunde demselben klar gemacht worden war, daß er als Einberufer den eingegangenen Geschäftsordnungsantrag seitens des Buchdruckers Engelbrecht, welcher drei Vorschläge für das Versammlungsbureau machte, zur Abstimmung zu bringen hat, tat er es nicht, da der Referent befürchtete, nicht die nötige Nebefreiheit unter einem fremden Bureau zu erhalten, und so schloß der Herr Einberufer die Versammlung wieder, ehe sie richtig begonnen hatte, so daß die zahlreich erschienenen organisierten Buchdrucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen enttäuscht wieder nach Hause gehen mußten. Wenn auch diesmal die Gründung eines Konsumvereins nicht gelang, so werden aber die interessierten Kreise weitere Gelegenheiten wahrnehmen, um ihre heißen Wünsche in Erfüllung gehen zu sehen. Darum können wir nur der Leipziger Kollegenchaft zurufen: „Seid auf der Hut!“ In nächster Zeit die Augen und Ohren auf, damit derartig wieder arrangierte Versammlungen noch besser von unserer Seite besucht werden, als wie die besprochene, denn nur dadurch können wir diesen Querschnitten am besten heimleuchten und ihnen beweisen, daß für solche Gründungen Leipzig der Ort nicht ist.

Eine Zentralherberge in Nürnberg. Nach jahrelangen Bemühungen ist es den Nürnberger Gewerkschaften gelungen, eine Zentralherberge zu errichten. Das alte Patrizieranwesen „Zum historischen Hofe“ wurde gepachtet und zu einer Zentralherberge und zu einem gemeinsamen Verkehrslokal der Gewerkschaften umgewandelt. Der „Historische Hof“ wurde im Jahre 1500 erbaut und war seitdem im Besitze mehrerer alter Patriziergeschlechter, bis ihn die Neuzeit zu anderen Zwecken bestimmt hat. Am 24. Oktober wurde die Herberge dem Betrieb übergeben. Es sind vorläufig 60 Betten eingerichtet, die Betteneinrichtung kann auf das Doppelte erhöht werden. Die 60 Betten sind in 24 Schlafsälen und Einzelzimmern, die durchweg hell, luftig und geräumig sind, untergebracht. Die Herbergsräume sind elektrisch beleuchtet. Die Bade- und Desinfektionseinrichtung kann erst im Januar in Betrieb genommen werden. Es ist deshalb vorläufig ein provisorisches Bad eingerichtet und Vorfrage getroffen, daß infizierte Kleider außerhalb der Herberge desinfiziert werden können. Der Preis für Ueberrachten ist auf 40 Pfg. festgesetzt, Bäder und Desinfektion der Kleider eingegriffen. Wenn sich die Anlage der Herberge mit einer neu errichteten auch nicht messen kann, so wurde doch versucht, ohne Rücksicht auf die sehr erheblichen Kosten, die Anstalt aufs modernste einzurichten.

Literatur.

Sieben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., der Arbeiter-Kalender für das Jahr 1908. Dieser in den Arbeiterkreisen allgemein beliebte Kalender bringt auch in diesem Jahre wieder eine Reihe äußerst nützlichen, ja

geradezu unentbehrlichen Materials für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder. Als vorzügliches Nachschlagewerk ist der Kalender alljährlich in weitem Maße von den Arbeitern benutzt worden; er sollte aber im Besitze jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin sein. Der vorliegende neue Jahrgang enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und der Nutzen der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Daneben bringt der Kalender einen Artikel über die „Gewerkschaften Deutschlands“, Adressen der einzelnen Gewerkschaften, der Partei- und Gewerkschaftspresse Deutschlands, der deutschen Gewerbe-Inspektoren, weiteres notwendiges Adressen- und Statistikenmaterial usw. Ferner ist dem Buchlein ein künstlerisch ausgeführtes Bild der Reichstagsfraktion beigegeben. — Der Preis des gebundenen Kalenders beträgt 60 Pf. Erhältlich ist derselbe in allen Parteibuchhandlungen, sowie bei allen Kolporteurs.

Anzeigen.

Crimmitschau. Unsere Mitglieder-Versammlungen finden bis auf weiteres jeden zweiten Mittwoch im Monat statt. Nächste Versammlung Mittwoch, den 6. November. Allseitiges Erscheinen wünscht
Der Vorstand.

Unserem Kollegen Emil Fiedler und seiner Gemahlin zu ihrem am 29. Oktober begangenen 25 jährigen Ehe-Jubiläum senden nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.
Die Mitglieder der Bahfstelle Leipzig.

Todesanzeige.

Am 12. Oktober verstarb nach kurzem Krankenlager unsere Kollegin

Ellabeth Bauer

(aus der Firma Wagner & Debes).

Ihr Andenken hält in Ehren

Die Mitgliedschaft Leipzig.

Zahlstelle Hamburg-Altona-Wandsbek.

Am Montag, den 14. Oktober 1907, verstarb nach kurzem schweren Krankenlager unsere Kollegin

Emma Haufmild

im Alter von 19 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand.

Todesanzeige.

Am 24. Oktober verstarb unsere im 17. Lebensjahre stehende Kollegin

Marie Lindner.

Wir betrauern ihren so frühen Tod und werden ihr ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Verwaltung der Bahfstelle Crimmitschau.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, den 17. November 1907, vormittags präc. 10¹/₂ Uhr
im Gewerkschaftshause (Saal I), Engelufer 15.

Tagessordnung:

1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1908—1910 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1908.
3. Vortrag über die Vereinheitlichung der Arbeiter-Versicherungsgesetze.
4. Mitteilung der Kommission über die Vertragsverhältnisse der Kassen-Angestellten.
5. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, über die Angelegenheiten, welche sie event. zur Sprache bringen wollen, der Kassenverwaltung vorher Mitteilung zu machen, damit das einschlägige Material zur Stelle geschafft werden kann.

Berlin, den 21. Oktober 1907.

Der Vorstand.

Johannes Bierz, Vorsitzender.

Otto Wunzki, Schriftführer.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 22.

Berlin, den 2. November 1907.

13. Jahrgang.

An die Dresdener Kolleginnen!

Nach Erscheinen des letzten Dresdener Artikels ist ein neues Moment zutage getreten, welches geeignet sein könnte, die zum Teil schlechten Dresdener Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erhalten oder noch mehr herabzudrücken. Wenn auch zugegeben werden soll, daß erfreulicherweise ein größeres Ueberangebot von Arbeiterinnen hier nicht zu verzeichnen ist, so konnte aber der Nachfrage bei einigermaßen guten Löhnen immer noch genügt werden. Daß natürlich dort, wo aus Spartrieb die Löhne niedrig sind, nicht jede Arbeiterin hingehen will, ist erklärlich; wenn aber unglaublich schwere Arbeiten verlangt werden, so ist dies um so begreiflicher. In den größten Druckereien, bei 15 bis 20 Maschinen findet man nicht einen Scalearbeiter. Die Erziehungs-methode für Anlegerinnen hat es zuwege gebracht, daß dieselben neben dem hier üblichen Waschen, Formenausbinden, dieselben nach dem Sezieraal schaffen, Stege forträumen, Format umheben, Fenster putzen, Kontore und Arbeitsräume scheuern, oft sogar nach Feierabend ohne Extraentschädigung. Wer aber meint, daß Anlegerinnen, welche diese Arbeiten als selbstverständlich ausführen, wenigstens einen Teil des Lohnes der dadurch ersparten männlichen Arbeiter erhielten, befindet sich im argen Irrtum. Die Herren Prinzipale indes können es durchaus nicht begreifen, daß bei so rosen Arbeitsgelegenheiten die Arbeiterinnen fortwährend ihren Beruf wechseln. Dessen ungeachtet gibt es aber immer noch genug Anlegerinnen, um die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften zu befriedigen. Daß die Buchdruckerinnung, welche sich mit der Vermittlung von ungeradem Hilfspersonal beschäftigt, trotz alledem oft in hiesigen Zeitungen nach Anlegerinnen inseriert, ist uns durchaus nichts Neues. Daß sie aber nach den neuesten Erfahrungen über die Grenzen Dresdens hinausgeht und in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ Anlegerinnen sucht, um sich den Ueberfluß von solchen willigen Arbeitskräften nicht eingehen zu lassen, ist nach den hiesigen Verhältnissen eine ganz schlaue Unternehmertaktik. Wir fürchten, leider vielleicht nicht mit Unrecht, daß der Leipziger Tarif den Herren eine recht bequeme Handhabe dazu bietet. Durch das immer stärkere Umfingreifen der Organisation können sie ihre 12-Mark-Uebote nicht mehr so leicht an den Mann bringen. Ein glücklicher Zufall fügte es, daß sich eine organisierte Kollegin der Leipziger Bahfstelle auf ein berättiges Inserat meldete, allerdings in dem guten Glauben, in Dresden bestehe wie in Leipzig ein paritätischer Arbeitsnachweis. Vom Kollegen Schulz-Leipzig auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht, überbrachte die Kollegin ihr Schreiben der Dresdener Buchdrucker-Innung unserer hiesigen Bahfstelle. Für dieses Mal war es mit der Leipziger Arbeitskraft für 12 Mark also für die Herren nichts. Nebenbei bemerkt konnten wir der Kollegin sofort für 14 Mark Wochenlohn Stellung nachweisen. Den organisierten Kolleginnen Leipzigs wird Kollege Schulz schon zur Genüge klar machen, warum die hiesigen Buchdrucker-eigener Arbeitskräfte in Leipzig suchen und warum ihnen die Arbeiterinnen fortlaufen und zu anderen Berufen übergehen. Wer aber weist die große Zahl der unorganisierten Kolleginnen auf alle Nachteile hin, welche eine übermäßige Ausbeutung im Laufe der Jahre mit sich bringen muß. In einer hiesigen größeren Druckerei arbeitet eine Kollegin für 13 Mark an einer neuen Maschine bei großen Aufträgen. Diese Maschine wird fast jeden Mittag während der Mittagspause für 28 Pfg. Extraentschädigung von der Kollegin mit Ausnahme des Karbenwerkes gründlich gewaschen. Die Mittagspause währt 1½ Stunden. Davon entfällt ¼ Stunde auf das Maschinewaschen. Bedarf dieser eine Fall, dem sich unzulängliche gegenüberstellen lassen, noch eines Kommentares? Wundert es da noch jemand, wenn die hiesigen Prinzipale in den

„Leipziger Neuesten Nachrichten“ inserieren müssen? Kolleginnen! Haltet die Augen und die Ohren offen, werbt für eure Organisation, arbeitet mit an ihrem Ausbau. Nur dann können alle derartigen Versuche der Unternehmer, eure Lebenslage und Arbeitsverhältnisse noch mehr herabzudrücken, verhindert werden! C. S.

Korrespondenzen.

Hamburg. Versammlung vom 28. September 1907. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls erfolgten 3 Renaufnahmen. Beim 2. Punkt brachte der Vorsitzende, Kollege Schid, den Brauereiarbeiterkampf zur Sprache und forderte die Kollegenchaft dringend auf, den über die hiesigen Brauereien verhängten Boykott strenge hochzuhalten. Denn jeder organisierte Arbeiter, der denselben bricht, wird ehr- und charakterlos bezeichnet, als ein Streikbrecher. Er führte auch noch sämtliche Wirtschaftszweige an, welche boykottfrei bis vier in Aussicht bringen. Beim 3. Punkt gelangte das Rundschreiben vom Zentralvorstand zur Verlesung. Nachdem der Vorsitzende diesen Punkt der Versammlung sehr ausdrücklich erklärte, wurde nach längerer, sehr reger Diskussion der 2. Vorschlag einstimmig angenommen. Unter Verschließen erklärte ein Kollege seinen Austritt auf 2 Jahre, da er zum Militär einrücken muß und deshalb kampfunfähig gemacht ist. Der Vorsitzende richtete sehr ernste Worte an ihn und wünschte, daß er wieder glücklich in unsere Mitte zurückkehrt. Der Austritt der Kollegin Voßl, welcher aus gar keinem stichhaltigen Grunde erfolgte, sowie die gemeinen Beleidigungen, die sie und ihr Mann gegen unsere Verwaltung erhob, wurde einer längeren Kritik unterzogen. Nebenbei bemerkt ist dieser Herr Voßl Ausschuß-Mitglied des Buchbinder-Verbandes, und hätte er es vor allem sehr nötig, sich um seine Organisation zu kümmern und mehr Agitation zu entfalten. Somit weisen wir alle die von ihm gegen unsere Verwaltung gemachten Beleidigungen zurück, und treffen dieselben leblich ihn selbst resp. seine Verwaltung. Aber die in Nr. 19 der „Solidarität“ von uns erschienenen sehr jämmerlichen Erklärungen veranlassen den Vorsitzenden, die Kollegen und Kolleginnen dringend aufzufordern, daß sie, wenn sie Beschwerden gegen eine Firma erheben wollen, nur richtige und tatsächliche Angaben machen, nicht daß die Verwaltung sich wieder eine derartige Retifizierungholt. Er betonte auch, daß es am allerbedauerlichsten ist, daß von der dortigen organisierten Arbeiterchaft für derartige Erklärungen, die von Seiten der Firma aufgestellt waren, einstimmig gestimmt worden sei. Mehrere Diskussionsredner sprachen sich auch im Sinne des Vorsitzenden aus. Eine Karte von der Kollegin Wolf aus München gelangte noch zur Verlesung, sodann war Schluß der Versammlung. G. B.

Hamburg. Mitgliederversammlung vom 16. Oktober. Kollege Garner eröffnete abends 8¼ Uhr die Versammlung und teilte zunächst mit, daß infolge einer Operation die Kollegin Emma Hauschild am 14. d. Mts. verstorben ist. Die Anwesenden ehrten ihr Andenken durch Erheben von den Plätzen. Dann referierte die Kollegin Gertrud Hanna, Berlin, über die Bedeutung der gewerkschaftlichen Fortschritte für die Arbeiterchaft. Die Erweiterung des Absatzmarktes und die mit ihr gehende Bedürfnisfrage streifen, geht Rednerin auf das früher zwischen Handwerksmeister und Gesellen bestandene Arbeitsverhältnis ein. Der Geselle hatte dieselbe Arbeitszeit, dieselbe Arbeitsweise, lebte unter denselben Verhältnissen wie der Meister. Eine Ausnahme und ein Zusammenkommen war bedeutend leichter möglich, weil vielfach die Werkstätten eines Berufes in einer Straße oder aber doch in einem Stadtviertel waren. Den bestehenden Vereinen mußte der Geselle angehören, wenn er nicht als ehelos angesehen werden wollte, und hier, in den Zusammenkünften, war wiederum der Platz, sich leicht über alle Verhältnisse gut zu unterrichten. Die Kämpfe früherer Zeiten reichen denn auch nicht im Entferntesten an die gewaltigen, heftigen Kämpfe der heutigen Zeit heran. Nach Erweiterung des Absatzmarktes entwickelte sich die Industrie immer

mehr, und die alten Schranken fielen. Die Unternehmer versuchten fort und fort, immer höhere Profite, immer mehr Prozente aus ihren hergestellten Produkten zu ziehen. Das konnten sie nur, wenn Arbeitslohn, verkürzte Arbeitszeit und Quantum verlängert resp. vergrößert wurde. Zur Hilfe kam ihnen die technische Entwicklung, die mechanische Kraft, sie setzte eine Reservearmee von Arbeitslosen aus. Der Einzelne kam nicht mehr so wie früher zur Geltung, die männliche Kraft wurde entbehrlicher, Frauen und Kinder zog man zur Arbeit heran, und das Ausblühen der Industrie schaffte auch die Vergrößerung der Verkehrsmittel, und mit ihr war es leichter, aus kulturell zurückgebliebenen Gegenden billige Arbeitskräfte heranzuziehen. Diese Faktoren ermöglichten es, den Unternehmern reichliche Profite aus ihren Unternehmungen schlagen zu können. Nachdem die Industrie sich schon hoch entwickelt hatte, mußten Frauen und sogar siebenjährige Kinder bis zu 15 Stunden arbeiten. Die Ausbeutung der Kinder wurde so ungeheuer betrieben, daß selbst einsichtige Unternehmer das Verbot der Arbeit für Kinder, mindestens aber eine Einschränkung verlangten. Wohl sind dann auch Gesetze für die Einschränkung der Kinderarbeit und Nachtarbeit der Frauen geschaffen, aber durchgeführt worden sind sie nicht. Erst durch die sich selbst geschaffenen Arbeiterorganisationen ist es möglich geworden, diesen schenklichen Auswüchsen einen Damm zu setzen, sie einzuschränken. Als die Macht der Gewerkschaften stieg und sowohl diese als auch die politische Bewegung der herrschenden Klasse ein Dorn im Auge war, schaffte man das Sozialistengesetz. Die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm gaben die Veranlassung dazu. In den zwölf Jahren des Bestehens des Sozialistengesetzes haben die Gewerkschaften mehr als die politische Bewegung zu leiden gehabt. Ihre Gefüge wurden zerprengt, und erst als in den letzten Jahren die Gesetze etwas gelockert wurden, konnte die Gewerkschaftsbewegung sich etwas erholen, etwas aufrichten. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Berliner Bahfstelle. 1890 hatte sie schon Erfolge zu verzeichnen. Die Erfolge nun, die die Gewerkschaften für die Menschen, für die arbeitende Bevölkerung bringen, für welche Verbesserungen die Organisation gekämpft und gesorgt habe, muß vielmehr unter die Leute gebracht werden. Laut der letzten von der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands aufgenommenen Statistik kamen 2 Millionen Organisierte in Frage, und das sie Erfolge, ja ganz gewaltige Erfolge errungen haben, zeigt Rednerin an einem Beispiel. Für 300 000 von 12 Millionen Menschen arbeitenden Standes ist die Arbeitszeit um 3 Stunden wöchentlich verringert. Diese Ertragschaft berechtigt allein schon das Bestehen der Arbeiterorganisation. Für diese 300 000 Menschen sind weiter noch wöchentlich 1,75 Mt. Lohnhöhung erzielt worden. Selbstverständlich sind sie in den einzelnen Organisationen höhere oder niedrigere. Ebenfalls sind die Erfolge bei der Auslegung und Durchführung der Kranken- und Unfallgesetze auf das Konto der Arbeiterorganisation zu setzen. Nicht nur, daß die einzelnen Organisationen selbst in das Versicherungswesen eingreifen, sondern es sind noch 85 Arbeitersekretariate tätig, um die arbeitende Bevölkerung in allen Fragen zur Seite zu stehen. Es sind, weil die Arbeiter ihre Vertreter in die Vorstände der Krankenkassen entsandt haben, die Organisationen die eigentlichen Träger des Versicherungswesens geworden. In jüngerer Zeit haben nun die Organisationen, und zwar wiederum durch ihre Macht, die sie in der Gesamtheit darstellt, es zu Tarifabschlüssen gebracht. Tarifgemeinschaften waren vor 10 bis 12 Jahren noch ziemlich unbekannt. Wohl läßt sich bis auf das Jahr 1848 ein Bestreben der Buchdrucker, einen Tarif abzuschließen, nachweisen, dieses war aber nur örtlicher Natur. Der erste Abschluß wurde im Jahre 1868 gemacht, aber auch dieser war nur örtlich geregelt. Wer eine Geschichte der Tarife schreiben will, muß eine Geschichte der Buchdrucker schreiben. Was heißt nun eigentlich „Tarifgemeinschaft“? Man versteht darunter ein gemeinsames Abkommen zwischen Unternehmern und Arbeiter, Arbeits- und Lohnverhältnisse auf eine bestimmte Zeit festzulegen und gemeinsam für die Ein- und Durchführung des Abkommens bestrebt zu sein. Jahre hindurch standen mit dem Bestreben, Tarife abzuschließen, die Buchdrucker allein. Die meisten Organisationen waren

gegen Tarifabschlüsse, mit der Zeit hat sich das geändert. Auf dem 3. Gewerkschaftskongress wurde nach dem Dublin einen Vortrag über Tarifabschlüsse gehalten hatte, eine Resolution angenommen, in der ausgesprochen wird, daß in der Zukunft für Tarifabschlüsse einzutreten sei. Ob es für diese oder jene Organisation vorteilhaft ist, Tarife abzuschließen, läßt sich nicht so ohne weiteres sagen. Es müssen eben die Verhältnisse jedes Berufes und die der Organisation studiert werden. Der alte Glaube, daß der Kampfcharakter der Gewerkschaften unter Tarifabschlüssen leiden werde, ist überwunden. Es sprechen viel mehr Vorteile für Tarifabschlüsse, als gegen diese. Welche großen Summen von Geld und Kraft sind doch bei den einzelnen Streiks und Bewegungen ausgegeben worden. Jetzt lassen sich die Kämpfe über das Ganze regeln durch Tarifabschlüsse. In der Zeit der Ruhe können Mittel und Kräfte auf die Ausbildung der Gewerkschaften und deren Mitglieder verwandt werden. Der Zug bei den einzelnen Kämpfen nach den einzelnen Orten kommt in Wegfall. Für die Unternehmer bringen sie neben der Zeit der Ruhe im Verufe noch ebenfalls den Vorteil, daß durch die gleichmäßige Bezahlung der Arbeiter die Schmutzkonturrenz auf ein Minimum reduziert wird. Aus allem ist zu ersehen, daß die Gewerkschaften große Vorteile für die Arbeiterschaft mit sich bringen, und ein jeder und eine jede muß sich diesen Organisationen anschließen und mitkämpfen in ihren Reihen. Es gibt noch so viel zu tun, um Aufführung zu schaffen für den gewaltigen Kampf, den die Arbeiterschaft noch zu leisten hat. Noch gibt es lange Arbeitszeit und mäßigen Lohn, kaum oder eben ausreichend für das Notwendigste, was man braucht, und doch gibt es noch soviel unendlich Schönes, wovon die meisten Menschen nichts wissen. Die Naturschönheiten, die schönen Künste, Dichtung, Musik, Malerei und Konkunft, Wissenschaften und noch mehr. Sobald die Arbeitszeit verkürzt wird, wird Zeit gewonnen, sich mehr ausbilden zu können. Hierin liegt die Lösung sittlicher Momente in der Arbeitszeitverkürzung. Darum helfe mit in dem großen, gewaltigen Kampfe für frohe und glückliche Zukunft. Reicher Beifall lohnte der Referentin für ihren lehrreichen Vortrag. Hierauf verliest und erläutert Kollege Glarner das Rundschreiben des Zentralvorstandes betreffs der Abänderung der Delegation zum kommenden Verbandstag. Der Vorstand habe sich eingehend mit den Vorschlägen beschäftigt und empfiehlt der Versammlung, den ersten Vorschlag anzunehmen. Nachdem noch die Kollegen Nordmann, Schaller, Binnau und die Kollegin Hanna sich zu der Sache geäußert haben, wird der Vorschlag des Vorstandes einstimmig angenommen. Nachdem noch beschlossen wurde, am 28. Dezember im Gewerkschaftshaus ein Weihnachtsvergügen abzuhalten, und die Mitglieder ermahnt wurden, in Zukunft die Versammlungen besser zu besuchen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Sannover. Versammlung vom 10. Oktober. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls verlas Kollege Spartzahl einen Brief vom Gewerkschaftskartell, worin um Berücksichtigung einiger Gärtner bei eventl. Bestellungen gebeten wurde. Weiter gibt er bekannt, daß er bei der Firma Wolling & Co. wegen der Einführung des Tarifs vorstellig wurde und hat Herr Kolenberg versprochen, alles zu beschaffen. Diejenigen Kollegen, welche in der letzten Zeit aufgehört hätten, sollten hingehen und die Nachzahlung vom 1. August an in Empfang nehmen. Sodann macht Kollege Spartzahl die Kollegen und Kolleginnen der Firma darauf aufmerksam, sich darüber klar zu werden, wieviel dieselben bei der Nachzahlung zu bekommen hätten, da sonst Irrtümer vorkommen könnten. Auf Nachfrage wurde bekannt, daß die Firmen Lennis & Chapmann und Wasserlamp & Robby auch noch nicht bezahlt hätten und soll auch dort die Kommission vorstellig werden. Ebenso bei Papier-Bob und Schrader. Bei der Firma Ebler & Vrieche in der Parkalle soll die Kommission nochmals vorgehen. Kollege Blumhoff ist bei Herrn Dr. Berthold wegen der Bezahlung in der Maschinen-Bronce und auf dem Lager nochmals vorstellig geworden und soll er Bescheid in den nächsten Tagen erhalten. Hierauf las der Kollege Spartzahl das Rundschreiben vom Hauptvorstand vor und wurde nach Verlauf einer lebhaften Diskussion folgender Beschluß einstimmig von der Versammlung angenommen: Vorschlag 1: Soll der Wahlmodus geändert werden, wurde mit „ja“ beantwortet. Vorschlag 2: Von 100-300 Mitgliedern einen Delegierten, weitere 400 ebenfalls einen und falls der Rest 150 übersteigt, wiederum einen Delegierten, wurde mit „nein“ beantwortet. Vorschlag 3: Von 50-100 Mitgliedern einen, von 100 bis 500 zwei und weitere 400 ebenfalls einen Delegierten, wurde mit „ja“ beantwortet. Vorschlag 4:

Je 10 Beiträge auf 1 Mitglied umzurechnen, wurde angenommen. Vorschlag 4a: Soll das 4. Quartal als Grundlage zur Umrechnung gelten, wurde mit „ja“ beantwortet. Weitere Vorschläge wurden nicht gemacht, da dieselben überflüssig erschienen. Sodann gingen wir zur Beratung unseres Herbstvergnügens und Wahl eines Festkomitees über. Die Vorbereitungen sollten nach allem Muffen sein, und wurden diese dem Vorstand und dem Komitee übertragen. Es wurden 12 Kollegen zum Komitee gewählt. Im Verchiedenen äußerte sich der Kollege Blumhoff wegen der Wahl eines Schiedsgerichtes. Kollege Spartzahl gab den Bescheid, daß bis jetzt noch keine Karte vorläge, und es wurde die Wahl bis zur Generalversammlung verschoben. Sollte das Schiedsgericht jedoch eher nötig sein, so hat der Vorstand das Recht, die Mitglieder derselben zu wählen. Der Chef der Gutenbergs-Druckerei, Herr Bormann, teilt sich an unseren Tarif überhaupt nicht, derselbe schließt sogar mit seinen neuen Anlegern einen Verfrachtkontrakt auf 2 Jahre bei einem Wochenlohn von 6 Mk. ab, und müssen dieselben dann die Kaufdienste verrichten, das Anlegen könnten dieselben ja in 6 Wochen lernen. Einem Mädchen sind sogar, nachdem die Mutter wegen der Kaufdienste bei Herrn Bormann vorstellig geworden ist, Schläge angeboten worden, und dann ist sie auf die Straße geschickt. Der Vater will diese Angelegenheit dem Schiedsgericht übergeben. Ein in etnem anderen Verband organisierter Kollege Mede ruft durch Vorwürfe, die er dem Kollegen Spartzahl wegen Nichtbeantwortung seines an Spartzahl gesandten Briefes macht, eine lebhaft Auseinandersetzung zwischen sich und verschiedenen Kollegen hervor, worauf näher einzugehen an dieser Stelle überflüssig ist. Der Kollege Fänisch beantragt schärferes Vorgehen gegen die Rüdständigkeit einiger Mitglieder mit ihren Beitragszahlungen. Kollege Gader tritt für Anschaffung von Legitimationskarten für jedes Mitglied ein. Kollege Kiel untertütigt dieses und beantragt, dasselbe dem Vorstände zu überlassen, welches angenommen wird. Hierauf Schluß der Versammlung um ¼11 Uhr.

München. Samstag, den 5. Oktober fand eine gut besuchte Versammlung im „Orientalischen Cafe“ statt, in der unter anderem die Abhaltung einer süddeutschen Konferenz, sowie das Rundschreiben des Hauptvorstandes vom 16. 9. 07. auf der Tagesordnung standen. Nach Verlesung des Protokolls, das ohne Einwendung angenommen wurde, unterbreitete der Vorsitzende Schmidt den Anwesenden den Antrag Nürnberg-Fürth und den Standpunkt des Hauptvorstandes hierzu und erucht um sachliche, jedoch rüchhaltlose Stellungnahme der Versammlung hierzu. Die Kollegenchaft möge sich ruhig dafür oder dagegen äußern, die Verwaltung habe ihren Standpunkt in Nr. 19 der „Solidarität“ präzisiert. Kollege Hopfner stellt den Antrag, auch gleich das Rundschreiben des Zentralvorstandes zur Debatte zu stellen. Nach einstimmiger Annahme dieses Antrages verliest der Vorsitzende die vom Hauptvorstande beantragte Statutenänderung und entpönt sich hierüber eine sehr große, zeitweise stürmische Debatte, deren Endergebnis, die einstimmige Zustimmung zur Abhaltung einer süddeutschen Konferenz ergibt und weiter zur Annahme einer vom Kollegen Klobber eingebrachten Resolution führt, die die Stellungnahme der Münchener Kollegenchaft zu dem Rundschreiben des Zentralvorstandes präzisiert und folgenden Wortlaut hat: „Die am 5. Oktober tagende, gut besetzte Versammlung der Zahlstelle München erkennt ohne weiteres an, daß mit dem Vorschlage des Hauptvorstandes in seinem Rundschreiben vom 16. 9. 07. eine Ersparnis an Geld und Delegierten verbunden ist, glaubt aber, daß durch eine derartige, so kurz vor Stattfinden des Verbandstages vorgenommene Statutenänderung, die die kleinen Zahlstellen gewaltig benachteiligt, große Erbitterung in die Reihen der deutschen Kollegenchaft hineingetragen wird, die sich in einem Rückgang der Arbeitsfreudigkeit später vielleicht offenbart. Aus diesem Grunde fann die hiesige Kollegenchaft den Vorschlägen des Hauptvorstandes nicht zustimmen und erklärt sich für Aufrechterhaltung des jetzigen Wahlmodus, bis zur eventuellen Abänderung derselben auf den nächsten Verbandstag. — Wenn die größeren Zahlstellen aus Sparankheitsrückichten freiwillig auf einen Delegierten verzichten wollen, so ist die hiesige Zahlstelle im Interesse der kleineren nicht abgeneigt, dasselbe zu tun. Weitere Ersparnisse könnten noch bei Festlegung der Diäten in Betracht gezogen werden, um die statutarischen Rechte nicht schmälern zu müssen. Ganz energisch protestiert aber die hiesige Kollegenchaft gegen Vornahme einer Urabstimmung, deren Ausfall im Voraus feststehen und deren Kosten zum mindesten die Entsendung einiger Delegierten aufwiegen

dürfte.“ Weiter wurde beschlossen, unser Arbeitsnachweis-Bureau wegen ungenügender Raumberhältnisse zu kündigen. In Zukunft sollen die Monatsversammlungen nicht mehr im Peterskeller, sondern im „Orientalischen Cafe“ abgehalten werden. Sonntag, den 6. Oktober besetzte sich eine Versammlung der Nacharbeiter mit denselben Tagesordnungspunkten wie die Versammlung tags vorher und nahm ebenfalls oben angeführte Resolution an.

Nürnberg. In einer am 17. Oktober stattgefundenen überfüllten öffentlichen Versammlung referierte Kollegin Thiede. Als Thema war vorgegeben: Wie können wir den Tarif zur Einführung bringen? Rednerin führte an, daß sie bei ihrer letzten Anwesenheit im Juni bestimmt geglaubt habe, daß der Tarif ab 1. Juli abgeschlossen werde. Die damals tagende Versammlung habe ja dem Tarifentwurf der beiderseitigen Kommission zugestimmt, bis auf einige Änderungen, die die Prinzipale nachträglich noch hineinlangiert hätten. So vor allem der Passus, daß Einlegerinnen an kleinsten Schnellpressen den Lohn der Tiegeleinlegerinnen von 11 Mk. statt 13 Mk. erhalten sollten. Und sehr viel später hätten ja dann die Prinzipale auch erst eine bestimmte Größe angegeben, die man vorher „leider“ vergessen hätte. (?) Die Scharfmacher im Prinzipalsverein hätten nun natürlich unseren Einpruch gegen eine derartige denkbare Aufassung des Tarifs als Vorwand benutzt, um den ihnen so sehr unangenehmen Tarifabschluß hinauszuschieben und die Zulage so lange wie möglich zu sparen. Die Herren Kloss und Spandel sollen hierbei die führende Rolle übernommen haben. Nun sei ja zu verzeichnen, daß einzelne Firmen Zulagen gewährt haben. Diesen Trick habe man auch in anderen Orten versucht, um die Mitglieder vom Verbands abwendig zu machen, doch bis auf einige Fälle habe man sein Ziel nirgends erreicht. Kollegin Thiede forderte dann noch auf, mehr denn je fest zur Organisation zu stehen, um auch hier endlich einen Tarif abzuschließen, der für die gesamte Mitgliedschaft annehmbar ist. In der Diskussion berichtet Redling über den derzeitigen Stand der Tarifbewegung. Man sei sich jetzt so ziemlich einig in der Kommission, doch die Herren Kloss und Spandel wollen für ihre Betriebe besondere Vergünstigungen, speziell die Prozente für Ueberstunden scheinen den Herren schwer im Magen zu liegen. Es müsse nun unsere Kommission besonders mit den Herren verhandeln und das Ergebnis finde dann Aufnahme im Tarif. Auch die Ausgeber sollen jetzt ausgeschaltet werden, um diesen die Ueberstunden nicht zahlen zu brauchen, wenn sie mit bei der Zeitung helfen müssen. Die Kommission will versuchen, die Ausgeber mit zu tarifieren, doch würde es falsch sein, den Unternehmern den Gefallen zu tun, deswegen den Tarif scheitern zu lassen. Da die Ausgeber, wenn sie nicht im Tarif Aufnahme finden, auch nicht unter die allgemeinen Bestimmungen fallen, könne man Forberungen, die nun natürlich gesondert gestellt werden müßten, einer viel größeren Nachdruck verleihen, als wie es bei Fall ist beim übrigen Personal. Ein Vertreter der Buchdrucker erklärt, es freue ihn, daß endlich einmal auch die Verhältnisse des Hilfspersonals eine kleine Besserung erfahren durch Abschluß eines Tarifs. Er sichert die moralische Unterstützung der Buchdrucker nochmals zu und verweist auf das in nächster Zeit zusammen tretende graphische Kartell. Nebner versichert, daß er und seine Kollegen sehr erlaut über die Haltung des Herrn Kloss waren. Sie hätten den Herrn bisher immer als einen sozialpolitisch hoch stehenden und tariffreundlichen Vertreter der Firma Tümmel gehalten, während der Herr Spandel sich ja von jeher als Gegner bekannt habe. Dagner weist auf die Bedeutung des Arbeitsnachweises hin und erinnert an den Beschluß, nach dem Mitglieder, welche den Nachweis umgeben, ausgeschlossen werden. Kollegin Nürtenberger feuert in berebten Worten die Kolleginnen an, mitzuarbeiten in der Agitation und sich nicht immer auf die Verklagung zu verlassen. Kollegin Thiede ging im Schlußwort nochmals auf die Bedeutung des Arbeitsnachweises ein und schilderte die Erfahrungen in Berlin und anderen Orten. Immer und überall habe sich der Nachweis bewährt. Und auch selbst hier an Orte könne man ja konstatieren, daß sich die Löhne seit Errichtung des Nachweises etwas gebessert haben. Jedes einzelne Mitglied habe mitzuarbeiten, zu agitieren und wenn jedes Mitglied seine volle Schuldigkeit tue, dann werde auch der Erfolg nicht ausbleiben. Reicher Beifall lohnte die Rednerin und bewies, daß Kollegin Thiede allen aus dem Herzen gesprochen habe. Kollege Kante schloß die imposante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband.